

Am 17. Oktober 1989 wurde Generalsekretär Erich Honecker durch Mitglieder des Politbüros gestürzt. Sein Nachfolger Egon Krenz kündigte in seiner Antrittsrede politische Reformen an, die auch die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beeinflussten. Gesellschaftliche Konflikte sollten nun politisch und nicht mit den gewaltsamen Methoden der Geheimpolizei gelöst werden.

Im Herbst 1989 brodelte es in der DDR. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die fehlende Reisefreiheit und die starren politischen Verhältnisse trieben immer mehr Menschen in Opposition gegen die SED-Diktatur. Erstmals seit dem Volksaufstand von 1953 blieb diese Unzufriedenheit nicht unter der Oberfläche, sondern brach sich in offenen Protesten Bahn.

Am 17. Oktober, wurde der Staatschef Erich Honecker gestürzt. Alle seine Genossen im Politbüro forderten ihn auf abzutreten, auch sein alter Kampfgenosse Erich Mielke. Ein Teilnehmer notierte Mielkes Statement: "Wir haben vieles mitgemacht. Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen. Erich [es ist] Schluß: Ich akzeptiere das."

Der neue Generalsekretär Egon Krenz verordnete der SED einen bedeutenden Kurswechsel. Noch am Tag seiner Wahl wendete er sich in einer Fernsehansprache an die DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Er kündigte, allerdings in sehr allgemeinen Worten, eine "Wende" an: Reformschritte auf den verschiedensten Gebieten. Für die Angehörigen der Sicherheitsorgane war vor allem ein Satz wichtig: "Wir lassen uns von der festen Überzeugung leiten, daß alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind." Das sollte heißen: Partei und Staat würden auf gesellschaftliche Konflikte nicht mehr mit den Methoden eines Polizeistaats reagieren.

Für die Staatssicherheit bedeutete das ein erhebliches Umdenken. Denn bisher bestand eine ihrer Grundaufgaben darin, Konflikte geheimpolizeilich zu unterdrücken und Probleme zu verschleiern. Wie mit der neuen Situation umzugehen sei, erläuterte Stasi-Chef Erich Mielke auf einer zentralen Dienstberatung.

Mielke sprach hier vor 73 Teilnehmenden: den Spitzen des MfS und der Bezirksverwaltungen. Er geht in seiner Rede davon aus, dass die Parteiführung in den vorangegangenen Monaten versagt habe, obwohl sie von der Staatssicherheit regelmäßig informiert worden sei. Jetzt aber sei die Chance eröffnet, "eine Wende in der Arbeit der gesamten Partei einzuleiten". Das 9. ZK-Plenum habe, "auch wenn das nicht so klar ausgesprochen wurde", dazu geführt, dass man sich der "realen Lage" stelle, "dass die DDR sich in einer Welt entwickelt, wie sie heute ist, und nicht, wie wir sie uns wünschen." Keinen Zweifel lässt er daran, dass die Staatssicherheit diesen Kurswechsel mit zu vollziehen hat. Das gelte auch für die Vorgabe, "dass alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind" und "dass gewaltsame Mittel nur dann angewendet werden, wenn eine unmittelbare Gefährdung von Personen, Objekten und Sachen vorliegt und anders nicht abzuwenden ist."

Das Kräfteverhältnis habe sich aus seiner Sicht verschlechtert: "Selbst bei progressiven Kräften – bis weit in die Reihen der Partei – [gibt es] Erscheinungen der Verunsicherung, der Ratlosigkeit bis hin zur Resignation". Der Bürgerrechtsbewegung dagegen sei es gelungen, "ihre bisherige gesellschaftliche Isolierung zu durchbrechen und einen wachsenden Einfluss in der Bevölkerung zu erzielen". Gegen die Bürgerrechtsorganisationen soll vor allem durch den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit vorgegangen werden. Verhaftungen seien aktuell auszuschließen, aber das müsse nicht so bleiben, "deshalb ist es so wichtig, dass alles unternommen wird, alle mit solchen Handlungen auftretenden Personen zu erkennen, sie sorgfältig zu erfassen und das zugriffsbereit zu halten."

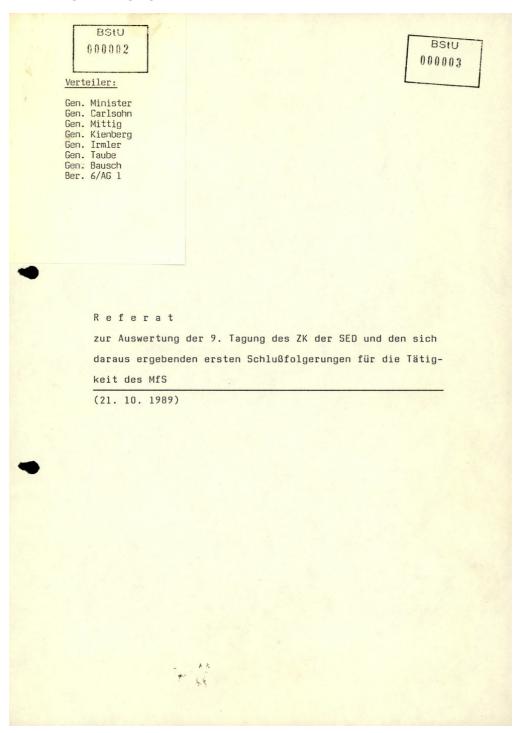
Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76

Metadaten

Datum: 21.10.1989 Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76

Blatt 2-3



000004

2

Genossen!

Ich habe diese Beratung einberufen, um uns nach der bereits umgehend erfolgten Informierung des Parteiaktivs unseres Ministeriums durch den 1. Sekretär der Kreisleitung, Genossen Horst Felber, bzw. der Leiter der Bezirksverwaltungen durch die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen in diesem Kreis von Leitern und Parteifunktionären über weitere Ergebnisse und Orientierungen der 9. Tagung des Zentralkomitees zu verständigen und einige erste Aufgaben zur Um- und Durchsetzung der beschlossenen grundlegenden Linie vorzugeben.

Es versteht sich von selbst, daß das nur im engen Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung der politisch-operativen Lage erfolgen kann. Es ist aber heute nicht möglich, bereits umfassend auf alle sich daraus ergebenden Aufgaben und Anforderungen einzugehen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000005

3

Wie Ihr der Berichterstattung über die 9. Tagung entnehmen konntet, wurden vor dem Kollektiv des Zentralkomitees

eine offene und kritische Einschätzung der Lage vorgenommen und

die Grundrichtungen und jene Aufgaben abgesteckt, die unmittelbar zur Veränderung der Situation und zur Herbeiführung einer kontinuierlichen gesamtgesellschaftlichen Weiterentwicklung und Erneuerung sofort in Angriff zu nehmen sind.

Und ich verrate kein Geheimnis, daß dieser Tagung sehr offene und kritische Auseinandersetzungen im Politbüro vorausgegangen sind.

Über die beschlossenen personellen Veränderungen und die Gründe dafür seid Ihr informiert.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000006

Genosse Felber und ich, wir haben bestimmt auch in Eurem Namen gehandelt, als wir dem neugewählten Generalsekretär unserer Partei, Genossen Egon Krenz, zu seiner einmütigen Wahl herzlich beglückwünschten und ihm versicherten, daß die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit alle Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse der 9. Tagung des Zentralkomitees einsetzen werden.

Für jeden von uns muß völlige Klarheit darüber bestehen und davon muß auch unser gesamtes Handeln bestimmt sein:

Die Beschlüsse dieser ZK-Tagung tragen höchst aktuellen, lagebezogenen und vor allem strategischen Charakter.

Sie sind von außerordentlich politischer Bedeutung für die Sicherung der Macht und die weitere Entwickung unseres Staates unter Führung der Partei der Arbeiterklasse auf sozialistischen Bahnen und als Werk des gesamten Volkes.

In völliger Einmütigkeit hat das Zentralkomitee bekräftigt, und Genosse Krenz hat das in seiner Rede als unumstößliche Grundposition zum Ausdruck gebracht – ich zitiere:

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



8StU 000007

5

"Alles, worüber wir uns einig sind und worüber wir uns streiten, muß eindeutig in seinem Ziel sein: den Sozialismus in der DDR weiter auszubauen, die sozialistischen Ideale hoch zu halten und keine unserer gemeinsamen Errungenschaften preiszugeben.

Unsere sozialistische deutsche Republik ist und bleibt ein souveränes Land. Wir lösen unsere Probleme selbst. Was in der DDR zu tun und zu lassen ist, welche Reformen wir durchführen, wird einzig und allein in der DDR entschieden. Das war so, das ist so und das wird auch so bleiben."

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000008

6

Genossen!

Mit der Tagung, mit der Rede des Genossen Egon Krenz hat sich das Zentralkomitee der SED an die Arbeiterklasse, an alle Klassen und Schichten unseres Volkes gewandt, in gemeinsamer Arbeit das anzupacken, was sich unsere Gesellschaft für heute und eine gute Zukunft vorgenommen hat. Es geht darum, den mit der Erklärung des Politbüros eingeschlagenen Weg konsequent fortzuführen.

Es geht darum, in engster Verbindung mit dem Volk, im Dialog mit allen Bürgern, in einer gesellschaftlichen Atmosphäre der Offenheit und des Realismus die neuen Erfordernisse und Aufgaben auf unserem sozialistischen Kurs zu bestimmen und durch das gemeinsame Handeln zu verwirklichen. Dabei können wir, und das hat die ZK-Tagung hervorgehoben, auf großen Errungenschaften und bewährten Erfahrungen aufbauen. Das darf – auch bei aller Schwierigkeit und Kompliziertheit der Lage – niemals vergessen werden. Das dürfen wir uns auch von niemandem kaputt machen lassen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000009

7

Gestützt auf das Geschaffene und in dem Wissen darum, mit welch großen Anstrengungen das erreicht und geschützt wurde – das gibt unserer Partei die Gewißheit, im Bündnis mit allen demokratischen Kräften die jetzige gefährliche Situation zu meistern, die Probleme, die die Menschen so tief bewegen und damit wesentlich zu dieser Verschärfung und Zuspitzung der gesamten Lage beigetragen haben, zu lösen. Das ist auch die entscheidende Voraussetzung dafür, um auch den Herausforderungen im fünften Jahrzehnt unserer Republik gewachsen zu sein.

In seiner Rede stellte der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Egon Krenz, als erste und für die Fortführung der sozialistischen Entwicklung entscheidende Aufgabe, mit der ZK-Tagung eine Wende in der Arbeit der gesamten Partei einzuleiten, um vor allem die politische und ideologische Offensive wiederzuerlangen.

Es geht

um die volle Wahrnehmung der führenden Rolle der SED in unserer sozialistischen Gesellschaft,

um die Gewährleistung der Führung unserer Partei auf allen Ebenen,

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000010

8

um das einheitliche und geschlossene Handeln aller Kommunisten,

um die Durchführung einer Politik in der Einheit von Wort und Tat für und mit dem Volk, mit allen Bürgern.

Das ist der Kern, darin besteht das Hauptergebnis der ZK-Tagung.

Es geht um unsere Partei und damit um die Machtfrage, um unseren Staat der Arbeiter und Bauern. Es geht um die Sicherung und Durchsetzung der führenden Rolle der Partei, denn ohne die Gewährleistung der führenden Rolle der Partei, ohne ihre Einheit und Geschlossenheit ist die Arbeiter- und-Bauern-Macht nicht zu sichern. So prinzipiell muß das von uns gesehen und dementsprechend muß überall gehandelt werden.

Was ich hier sage, sind zwar keine neuen Erkenntnisse, sie haben uns in all den Jahren unseres Kampfes begleitet. Die Lage, die Erfordernisse und Aufgaben zur weiteren Umgestaltung unserer Gesellschaft und die Schärfe und das Ausmaß der Angriffe des Gegners und innerer Feinde auf die Partei zwingen mich auch hier – so wie ich das vor dem Politbüro getan habe – das in solcher Deutlichkeit zu sagen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



8StU 000011

Genossen!

Wie Euch aus den Veröffentlichungen bekannt ist, hat sich die Tagung in Fortführung der Beratung des Politbüros vom 10. und 11. Oktober mit allem gebotenen Ernst und mit großem Verantwortungsbewußtsein mit der Entwicklung der inneren Lage in der DDR, mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung beschäftigt. Es mußte kritisch festgestellt werden, daß die Parteiführung in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen hat.

Ich kann hier sagen, daß unser Ministerium im Auftrag der Partei alles getan hat, um die Parteiführung über die reale Lage zu informieren. Wir haben auf viele, die Lageentwicklung beeinträchtigende Probleme aufmerksam gemacht und Vorschläge unterbreitet, wie Gefahren abgewendet und die Lage stabilisiert werden kann. Dazu gehörte auch unsere umfangreiche Informierung über das, was der Gegner und was innere feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte gegen uns vorhaben. Daß dennoch der Entwicklung nicht rechtzeitig Einhalt geboten wurde, daß nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen wurden, daß sich die Lage spürbar verschärfte und zuspitzte – das bestätigt uns die jetzt vorgenommene Einschätzung.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000012

10

Trotzdem, und dort müssen wir anknüpfen, zwingt auch uns die Lageentwicklung dazu, haben auch wir allen Anlaß dazu, unsere gesamte. Arbeit zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und einer hohen politischen Stabilität kritisch zu prüfen.

Es kann nicht Gegenstand unserer heutigen Beratung sein, hier eine solche grundlegende Analyse vorzunehmen. Sie ist aber sowohl zentral als auch bezogen auf jede Diensteinheit unbedingt notwendig, um auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der veränderten Lagebedingungen gründliche Überlegungen anzustellen, wie wir in Auswertung der jetzigen und der nachfolgenden ZK-Tagungen unserer Verantwortung gerecht werden.

Heute geht es mir darum, über erste Aufgaben zu sprechen, die in Auswertung der Tagung sofort in Angriff zu nehmen sind.

Genossen!

Wir haben davon auszugehen - die Lage war und ist auch gegenwärtig noch außerordentlich kompliziert.

Das Vertrauen in die Richtigkeit der Politik der Partei und ihre Führung ist wesentlich beeinträchtig \mathbf{t} .

Das ist die schlimmste Kritik und Selbstkritik an unserer Partei,und daraus galt und gilt es für alle, grundlegende Lehren zu ziehen, um das Vertrauen wiederzuerlangen und die führende Rolle der Partei zu gewährleisten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000013

11

Der hier versammelte Kreis war in den vergangenen Monaten und Wochen unmittelbar damit konfrontiert – und hat das auch so eingeschätzt und signalisiert –, daß ungelöste Probleme und Schwierigkeiten, Mängel und Mißstände das Stimmungsbild der Bevölkerung zusehends verschlechtert hatten.

Erscheinungen der Verunsicherung, der Ratlosigkeit bis hin zur Resignation hatten selbst bei progressiven Kräften – bis weit in die Reihen der Partei – erheblich zugenommen.

Sie waren ernsthaft besorgt, daß es zu gefährlichen Erschütterungen in der Gesellschaft, zu einer Situation kommen könne, die dann von der Partei nicht mehr oder nur mit außergewöhnlichen Mitteln beherrschbar sei – zumal in derartigen Situationen auch die Spontanität eine große Rolle spielt.

Ihr wißt selbst, daß teilweise mit großer Heftigkeit und Bitternis darüber diskutiert wurde, daß sich die Partei- und Staatsführung in der angespannten Situation nicht direkt und persönlich an die Parteimitglieder und die Werktätigen wandte, um sie für ein politisch offensives Handeln gegen die Hetzkampagnen des Gegners und gegen die verstärkten Angriffe feindlicher,oppositioneller Kräfte in der DDR zu mobilisieren.

Ausgehend von der Lage gab es auch Unverständnis darüber, warum die anstehenden Probleme nicht offen mit den Bürgern diskutiert und die Wege ihrer Lösung nicht gemeinsam mit ihnen beraten werden, um sie unter Führung der Partei dann energisch anzupacken, also rasch eine Veränderung der Lage in Gang zu setzen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000014

12

Von der ZK-Tagung – und so deutlich habe ich das auch auf den genannten Politbüro-Sitzungen gestellt – wurde das alles sehr offen angesprochen. Diese Entwicklung hat in nicht geringem Maße mit dazu beigetragen, daß der Gegner, vor allem über seine elektronischen Medien, und innere feindliche, oppositionelle Kräfte Einfluß erlangten und die politische Meinungsbildung und Haltung in einigen Bereichen und Territorien immer stärker von den Auswirkungen der Angriffe beeinflußt wurde.

Ihr habt es ja selbst in Euren Berichten eingeschätzt, wie der Gegner mit seinen groß angelegten Kampagnen und Einmischungspraktiken im Zusammenhang mit der "Fluchtwelle" und den Botschaftsbesetzungen, mit seiner Reformdemagogie und seinem Geschrei nach Wiedervereinigung bei einer doch erheblichen Anzahl von Bürgern Wirkung erzielt hat und auch noch weiter erzielt.

Der Gegner glaubte, mit dem 40. Jahrestag den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um durch das Aufgreifen und Hochspielen der sich im Innern angehäuften Probleme und die ungenügende politische Reaktion darauf Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu erzeugen, Menschen irrezuführen und gegen unsere Ordnung auf die Straße zu bringen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000015

13

Er glaubt die Zeit für gekommen, seinen strategischen Plan gegen die DDR, über den ich erst in jüngster Zeit vor diesem Kreis ausführlich gesprochen habe, in die Tat umzusetzen. Und die Entwicklung bestätigt, daß er damit auch bei uns große Wirkung erzielt hat, daß ihm ein nicht zu übersehender, nicht ernst genug einzuschätzender Einbruch gelungen ist. Deutlicher als je zuvor bestätigt sich:
Es ging und geht ihm nicht nur um die Destabilisierung, sondern um die Beseitigung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung bei uns.

Gleichzeitig soll mit den haßerfüllten Kampagnen von den Hauptfragen unserer Zeit, dem Kampf um Frieden, internationale Sicherheit und Abrüstung, aber auch von dem Anwachsen der Rechtsentwicklung, von dem Vormarsch der Neonazis und von der Reformbedürftigkeit in der BRD abgelenkt werden.

Auf dieser Welle der Hetz- und Verleumdungskampagnen, der kaum noch zu überbietenden Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR und begünstigt durch all das, was ich zur Entwicklung im Innern sagte, fühlten sich feindliche, oppositionelle Kräfte ermuntert, ist es ihnen gelungen, ihre bisherige gesellschaftliche Isolierung zu durchbrechen und einen wachsenden Einfluß in der Bevölkerung zu erzielen. Das betrifft besonders Teile der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz, Kunst- und Kulturschaffende, Studenten und andere Jugendliche sowie Mitglieder befreundeter Parteien und Personen im kirchlichen Bereich.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000016 **A**

Hinzu kam, daß diese provokatorisch-demonstrativen Aktionen in bestimmtem Umfange spontan auch zu Solidarisierungsbekundungen von Anwohnern, von Schaulustigen und Passanten führten. Das resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, daß es dem Gegner und inneren feindlichen Kräften gelang, ihre antisozialistischen Forderungen mit dem Aufgreifen von realen Erscheinungen und Ansatzpunkten zu ummänteln, die unsere Menschen bewegen.

Das Ziel der Initiatoren der antisozialistischen Sammlungsbewegungen ist es, unter dem Deckmantel der "Demokratisierung" und "Reformierung" bestehende gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen pluralistisch zu verändern, die führende Rolle der SED zu untergraben und schließlich die verfassungsmäßigen Grundlagen, die sozialistische Staatsund Gesellschaftsordnung insgesamt zu beseitigen.

Ein hoher Grad der Gefährlichkeit ergab sich vor allem daraus, daß den Maßnahmen zur Gewährleistung bzw. Wiederherstellung der Ordnung nicht Folge geleistet wurde und sie auf immer stärkeren Widerstand stießen. Aufgeputscht durch Provokateure, Randalierer, Rowdys und andere Kriminelle, aufgeputscht aber auch durch sich eskalierende provokatorische Losungen (bis hin zu "Stasi raus"), verschärfte sich zusehends die Konfrontation zwischen diesen Kräften und den eingesetzten Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76

Blatt 16a



BStU 000016

14

Zur Erweiterung der Basis und des politischen Einflusses dieser Kräfte hat wesentlich das Bestreben der evangelischen Kirchen beigetragen, sich ein "Wächteramt" gegenüber dem Staat anzumaßen und sich als gesellschaftliche Kraft zu profilieren. Davon mit ausgehend unternahmen sie wesentlich verstärkte Aktivitäten, diese Kräfte offen und verdeckt zu unterstützen, aktiv an der Erarbeitung ihrer Ziele und Forderungen mitzuwirken und ihnen kirchliche Räume, Veranstaltungen, technische Mittel und anderes mehr zur Verfügung zu stellen.

Unter Nutzung dieser Bedingungen, vor allem des ständig gewachsenen politischen Einflusses und der daraus resultierenden Bereitschaft zur Unterstützung entsprechender Forderungen,

wurde dazu übergegangen, DDR-weite antisozialistische Sammlungsbewegungen zu formieren, eine organisierte innere Opposition zu schaffen, weitere Bevölkerungskreise in diesem Sinne zu gewinnen und zu Aktionen zu mobilisieren. Dabei gibt es ein enges und abgestimmtes Zusammenwirken mit politischen Führungskräften und Medien der BRD.

Die Vorkommnisse in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt, Potsdam und in anderen Städten zeigten, daß es ihnen gelungen ist, mit ihren Hetzlosungen, Forderungen, Aufrufen und dergleichen einen ständig wachsenden Personenkreis anzusprechen und zu mobilisieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000017

16

Wesentliche Ausgangspunkte für derartige Provokationen, Zusammenrottungen und Demonstrationen gingen und gehen zum Teil auch jetzt noch von Kirchenkräften, vor allem aber vom gezielten Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen und Veranstaltungen durch feindliche, oppositionelle Kräfte aus. Ich erinnere nur an die nun schon seit Monaten durchgeführten sogenannten Montagsgebete in Leipzig und zwischenzeitlich in weiteren Städten, an die Fürbittgottesdienste in einer Reihe von Städten, an die "Mahnwachen" und anderen entsprechenden Veranstaltungen in der Gethsemanekirche in Berlin-Prenzlauer Berg.

Wir haben es hier mit ausgesprochen politischen Veranstaltungen zu tun, die im wesentlichen von feindlichen, oppositionellen Kräften beherrscht werden, die der Propagierung ihrer Ziele und Inhalte dienen und die damit von wesentlicher Bedeutung für die Formierung antisozialistischer Sammlungsbewegungen, vor allem des "Neuen Forum" sind. Mit den ständig gewachsenen und größtenteils noch weiter zunehmenden Teilnehmerzahlen verfügen sie über eine jederzeit mobilisierungsfähige Basis. Die davon ausgehenden Gefahren dürfen wir niemals unterschätzen – sie sind immer wieder neu zu bewerten.

Durch politisch weitsichtige und besonnene Entscheidungen konnten seit dem 9. Oktober gewalttätige Ausschreitungen weitgehend verhindert werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000018

17

Fest steht aber auch, daß am letzten Montag in Leipzig und anderen Städten erneut Zehntausende auf die Straße gingen. Die Zahl der Orte, in denen es zu Demonstrationen kommt, hat sich fast täglich erweitert. Die bisher unberührten Nordbezirke sind jetzt auch davon erfaßt. Die damit verbundenen großen Gefahren für erneute Konfrontationen, für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sind keineswegs beseitigt. So können wir zum Beispiel auch jetzt nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich die Lage am kommenden Montag entwickeln wird.

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, daß nun mit der ZK-Tagung eine sofortige Beruhigung der Lage zu erwarten ist. Es gibt nicht wenige unter den feindlichen, oppositionellen Kräften, die weiter auf eine Verschärfung der Lage hinarbeiten, die sich so stark fühlen, es auf Konfrontationen, auf massive Drohungen und ultimative Forderungen ankommen zu lassen. Das zeigen nicht nur die täglichen Ankündigungen neuer Demonstrationen und anderer provokatorischdemonstrativer Vorhaben, das zeigt sich auch in den fast täglich besonders aus Veranstaltungen in Kirchen heraus entstehenden sogenannten spontanen Demonstrationen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4885}, \ \mathsf{Bl.} \ \mathsf{10-76}$



BStU 000019

17a

Was derartige Demonstrationen betrifft, so müssen wir auch abwarten, was Schwerin uns an Erfahrung bringt.

Zentral abgestimmt wird am Montag in Schwerin eine Großkundgebung durchgeführt, auf der der 1. Sekretär der
SED-Bezirksleitung, ein Arbeiter, ein Vertreter der
Blockparteien und ein Angehöriger der Intelligenz sprechen. Diese Kundgebung wird über die Schweriner Volkszeitung angekündigt und an dem Ort stattfinden, an dem
Kräfte des "Neuen Forum" eine Demonstration durchführen
wollen.

Wir werden also sorgfältig auszuwerten haben, wie das verlief, was damit erreicht wurde. Das müssen wir dann im weiteren Vorgehen mit berücksichtigen.

Und noch etwas zur beabsichtigten Demonstration von Theaterschaffenden am 19. November in Berlin. Von den Inspiratoren und Organisatoren – zumeist auf antisozialistischen Positionen stehende Kräfte – wird versucht, möglichst viele Theaterschaffende, aber auch Kirchenkräfte, Vertreter von Berliner Betrieben, Studenten und weitere Personen aus der gesamten Republik für eine Teilnahme zu gewinnen. In diesem Sinne erfolgt gegenwärtig eine ganz gezielte Propaganda.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000020

17b

Aufgabe der Diensteinheiten, vor allem der Bezirksverwaltungen, muß es sein, bereits jetzt auf jene Personen Einfluß zu nehmen, bei denen die Absicht einer eventuellen Teilnahme zu erkennen ist, um sie zu einer Abstandnahme zu bewegen. Dazu sind progressive Kräfte, gute Menschen einzusetzen, die entsprechenden Einfluß nehmen können. In Gesprächen, in Auseinandersetzungen mit möglichen Teilnehmern ist besonders darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung der letzten Tage zeigt, daß die Forderungen und Losungen, unter denen demonstriert werden soll, eigentlich gegenstandslos geworden sind – z. B. Medienfreiheit, keine "Zensur", keine Gewaltanwendung.

Ausgehend von der gegenwärtigen Lage bleiben die aktuellen Aufgabenstellungen bestehen, durch politisch kluge und besonnene Maßnahmen

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000021

18

bei Zusammenkünften in Kirchen und bei eventuellen Demonstrationen auf der Straße es möglichst zu keinen Konfrontationen mit den Schutz- und Sicherheitsorganen kommen zu lassen,

den Schutz der führenden Repräsentanten unbedingt zu gewährleisten,

wichtige Objekte zuverlässig zu sichern und

Ausgangspunkte für provokatorische Handlungen vorbeugend unter Kontrolle zu halten.

Eine der wesentlichen Aufgaben ist und bleibt deshalb für uns, rechtzeitig zu erkennen, wo derartige Gefahren gegeben sind bzw. sich entwickeln können. Ich verweise hier nochmals auf die bereits angesprochene Spontanität. Von diesem vorausschauenden Herangehen hängt entscheidend mit ab, alle gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, um vorher Einfluß zu nehmen, Gefahren möglichst abzuwenden bzw. auszuschließen, zur Beruhigung bzw. Entschärfung der Lage beizutragen.

Der Einsatz von Ordnungs- und Sicherheitskräften ist so zu organisieren, daß gewaltsame Mittel nur dann angewendet werden, wenn eine unmittelbare Gefährdung von Personen, Objekten und Sachen vorliegt und anders nicht abzuwenden ist.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000022

19

Unbedingt beachtet werden muß, daß die Inspiratoren und Organisatoren von Zusammenrottungen und Provokationen über ein gut funktionierendes Verbindungssystem untereinander verfügen und es ihnen dadurch möglich ist, gleichlaufend an verschiedenen Orten Aktionen durchzuführen bzw. Kettenreaktionen auszulösen.

Da sich die Situation in den Verantwortungsbereichen der Bezirksverwaltungen und der zentralen Diensteinheiten zum Teil unterschiedlich darstellt und häufig auch schnelle Veränderungen eintreten, also ein sofortiges und lagebezogenes Handeln unumgänglich ist, gilt es auch weiterhin, unter Führung der jeweiligen Parteiorgane ein der konkreten Lage entsprechendes, äußerst bewegliches Zusammenwirken mit den Organen, Einrichtungen und gesellschaftlichen Kräften zu gewährleisten. Bei Wahrung und Durchsetzung der vorgegebenen Linie erwarte ich von jedem Leiter eigenverantwortliche Entscheidungen und die Festlegung solcher Maßnahmen, mit denen unmittelbare Gefahren abgewendet werden, die Lage beherrscht und weiter stabilisiert wird.

Vorrangiges Ziel aller Diensteinheiten ist und bleibt, immer wieder <u>die</u> politisch-operativen Aufgaben zu bestimmen, die bei Beachtung der Lage <u>jetzt</u> im Interesse der Eindämmung bzw. Verhinderung des Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller Kräfte vorrangig gelöst werden müssen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000023

20

Hierbei ist - wie gesagt - Flexibilität und hohe Operativität erforderlich, geht es doch um Lösungen und Aufgaben, die in dieser Form und Schärfe kaum voraussehbar waren.

Vor einer veränderten Situation stehen wir beim Schutz der führenden Repräsentanten. Heute und hier nur soviel:

Durch die Hauptabteilung PS und die weiteren zuständigen Diensteinheiten ist der zuverlässige Schutz der führenden Repräsentanten vor Terror und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten.

Unter Federführung der Hauptabteilung PS sind die politischoperativen Maßnahmen zu konzentrieren

- auf den Schutz der führenden Repräsentanten bei ihrem verstärkten Auftreten in Kombinaten/Betrieben, anläßlich Versammlungen/Foren/Kundgebungen und anderen Veranstaltungen,
- auf die politisch-operative Sicherung der Wohn-, Arbeitsund Freizeitobjekte sowie
- auf die Fahrstrecken, insbesondere die ständigen Fahrstrecken.

Ich will nochmals unterstreichen:

Diese Aufgaben sind insgesamt im Zusammenhang mit den wesentlich angestiegenen Gewaltandrohungen nicht nur gegen Objekte, sondern gegen Partei- und Staatsfunktionäre sowie andere progressive Kräfte zu sehen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000024

21

Konsequent ist auch dranzubleiben an der von mir zuletzt am 8. Oktober 1989 gestellten Aufgabe, durch die zuständigen Diensteinheiten verstärkte politisch-operative Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung an den Dienstobjekten sowie in konzentrierten Wohngebieten von Angehörigen des MfS vorzubereiten bzw. einzuleiten. Mit den Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens sind unter Beachtung ihrer Möglichkeiten erforderliche sachbezogene Maßnahmen abzustimmen. In diese Überlegungen sind auch bedeutsame Objekte und Einrichtungen außerhalb der strukturmäßig gesicherten Dienstobjekte einzubeziehen, d. h. evtl. Diensträume in Kombinaten/Betrieben und anderen Einrichtungen, konspirative Dienstobjekte, in Einzelfällen auch KW/KO.

Da sich bekanntlich die Angriffe gegen das MfS, gegen die VP und gegen einzelne Angehörige in den letzten Tagen wesentlich verstärkt haben, dürfen wir diese Aufgabe nicht aus dem Auge verlieren.

Unter den vorgenannten Aspekten noch ein Wort zur jetzt unmittelbar notwendigen Kontrolltätigkeit.

Der Leiter der ZAIG und die Leiter der Bezirksverwaltungen haben den Einsatz ihrer Kontrollkräfte insbesondere zu konzentrieren auf

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000025

22

- den Stand und die Um- und Durchsetzung der aktionsbezogenen Befehle und Weisungen,
- die Wirksamkeit der operativen Kräfte und Mittel bei Aktionen, Einsätzen und Sondermaßnahmen,
- die Klärung operativ bedeutsamer Vorkommnisse sowie
- die Herausarbeitung und Aufbereitung lagebezogener Schlußfolgerungen und Aufgaben.

Soweit zu einigen ausgewählten Aufgaben- und Maßnahmekomplexen, die in den nächsten Tagen und Wochen unmittelbar zu realisieren sind. Dabei muß klar sein:

Auch wenn viele dieser und weiterer aktueller Aufgaben nun schon über einen längeren Zeitraum mit einem hohen Kräfteeinsatz verbunden sind, darf hier nicht nachgelassen werden.
Wir brauchen überall ein tiefes Verständnis für den Ernst
der Lage und die uneingeschränkte Bereitschaft jedes Angehörigen, die übertragenen Aufgaben mit dem Einsatz seiner
ganzen Person zu erfüllen und sich den zeitweiligen Härten
des Dienstes verantwortungsbewußt zu stellen. Höchste Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft stehen auch in den nächsten
Tagen und Wochen auf der Tagesordnung.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000026 23 Ich kann hier einschätzen, daß die Angehörigen unseres Ministeriums überall eine große Einsatzbereitschaft und Standhaftigkeit bewiesen und politisch umsichtig und verantwortungsbewußt gehandelt haben. Das Zentralkomitee und sein Politbüro haben dem entschlossenen und besonnenen Handeln der Angehörigen des MfS und der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane hohe Anerkennung gezollt. Als Minister möchte ich über die hier anwesenden Leiter allen Diensteinheiten und Angehörigen den Dank für die treue Pflichterfüllung aussprechen. Genossen! Unsere Deutsche Demokratische Republik war, ist und wird künftig mehr denn je ein demokratisches Gemeinschaftswerk aller Klassen und Schichten unter Führung unserer Partei sein. Das zu erreichen verlangt den offenen und sachlichen innenpolitischen Dialog in der Arbeiterklasse, mit allen Bürgern, die sich von politischer Vernunft und von Verantwortungsbewußtsein für die weitere Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR leiten lassen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000027

24

Für diesen Dialog, für die Wahrnehmung des Rechtes und der Pflicht aller Bürger, ihre Gedanken in die Politik des Staates einzubringen, für das staatsbewußte Wirken aller Schichten der Bevölkerung verfügt unsere Gesellschaft über genügend demokratische Foren und Formen. Diese Möglichkeiten gilt es umfassender zu nutzen und voll auszuschöpfen. Wir brauchen keine neuen Strukturen.

Das ist unsere politische Position, mit der wir zukünftig allen Bestrebungen zur Formierung einer inneren Opposition, oppositioneller Sammlungsbewegungen und Kräfte entgegentreten wollen und müssen. Was das angesichts der jüngsten Lageentwicklung bedeutet – ich verweise nur auf alles, was mit den Kräften um das "Neue Forum" zusammenhängt – dazu später noch weitere Aufgaben und Orientierungen.

Die Partei läßt sich von der festen Überzeugung leiten, daß alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind. Von dieser Grundposition aus haben auch wir unsere politischoperative Arbeit noch wirksamer zu gestalten.

Ich habe auf den Dienstkonferenzen und anderen Beratungen immer wieder mit Nachdruck gefordert, unserer tschekistischen Verantwortung vorrangig durch die Anwendung politischer Mittel gerecht zu werden. Wir haben uns auch des öfteren darüber verständigt, was darunter konkret zu verstehen ist.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000028

25

Dieses Vorgehen in unserer politisch-operativen Arbeit hat angesichts der Lageentwicklung und der darauf basierenden Aufgabenstellung und Orientierung der 9. Tagung ein noch größeres Gewicht erlangt. Deshalb fordere ich alle Leiter auf, unter Nutzung der bisher gesammelten Erfahrungen weitergehende Überlegungen anzustellen, Schlußfolgerungen abzuleiten und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, wie wir dieses Grundprinzip unserer Arbeit unter diesen Bedingungen praktizieren und durchsetzen können.

Bei allem, was wir tun, ist bis zur letzten Konsequenz davon auszugehen:

Alle Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit, jeder Diensteinheit, haben sich in die Generallinie, in die Beschlüsse und politischen Entscheidungen des Zentralkomitees und seines Politbüros einzuordnen, müssen auf ihre strikte Durchsetzung gerichtet sein.

Wenn ich das hier so prinzipiell fordere, dann schließt das auch ein, mit dafür zu sorgen, die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie und den offenen Dialog durch niemanden als Freibrief für verantwortungsloses Handeln oder gar für Gewalt und Zerstörungsakte mißbrauchen zu lassen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000029

26

Für uns als Ministerium für Staatssicherheit ist es besonders wichtig zu wissen, daß klassenbewußte Arbeiter, Funktionäre aus Staat und Wirtschaft, nicht wenige Geistesschaffende und andere staatsbewußte Bürger sich sehr nachhaltig für die Sicherung von Ruhe und Ordnung, für den Schutz unserer Errungenschaften, für eine friedliche Arbeit ausgesprochen haben. Sie als Verbündete im Kampf für Sicherheit und Ordnung zu gewinnen und zu mobilisieren, das ist klug durch uns zu unterstützen und zu fördern.

Wir müssen die Partei informieren, wer in diesem Sinne genutzt werden kann, wer bereit ist, mit zur Beruhigung der Lage beizutragen. Das können auch kirchenleitende Kräfte, Kräfte aus feindlichen, oppositionellen Gruppierungen, aber auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein, die tatsächlich entsprechenden Einfluß haben.

Außerordentlich wichtig ist, eine stabile politische Lage in den Kombinaten und Betrieben zu gewährleisten. Unsere bisherigen Erkenntnisse besagen, daß die massiven Kampagnen des Gegners und die verstärkten Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte bisher zu keinen größeren Einbrüchen in der Arbeiterklasse, in den Betrieben geführt haben.

Dabei dürfen wir jedoch nicht übersehen – und das erhärten die vom Generalsekretär und von Politbüromitgliedern, Ministern und anderen Funktionären in Arbeitskollektiven geführten Gespräche, daß unter breiten Kreisen der Arbeiterklasse große Unzufriedenheit über anstehende, nicht gelöste Probleme herrscht.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000030

27

Das bestätigt genau das, was wir schon seit längerem so erkannt, eingeschätzt und worüber wir informiert haben. Wir wissen, welche großen Gefahren sich daraus ergeben können, wenn diese Situation von feindlichen, oppositionellen Kräften – vor allem aber auch von Provokateuren, von "Anheizern" – ausgenutzt wird.

Wir dürfen aber auch die Gefahren nicht unterschätzen, die sich daraus ergeben können, wenn es uns insgesamt sowie auf einzelne Kollektive bezogen nicht ausreichend gelingt, baldmöglichst erste sichtbare Veränderungen zu erreichen und diesen Weg konsequent weiterzugehen. Die Erwartungshaltungen, die berechtigten Forderungen sind – wie wir wissen – sehr groß.

Das wissen auch die feindlichen, oppositionellen Kräfte - und deshalb nehmen ihre Bemühungen merklich zu, diese Situation auszunutzen, Einfluß darauf zu gewinnen. Deshalb gilt es, unbedingt alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, daß feindliche, oppositionelle Kräfte Einfluß auf die Arbeiterklasse gewinnen und eine Solidarisierung mit ihren Forderungen erreichen.

Wir müssen die Partei sofort über alles informieren, woraus sich Gefahren, offene Konflikte bis hin zu Streiks ergeben können. Darüber hinaus ist – wie bisher – sehr gründlich die Stimmung und Reaktion der Arbeiter und der anderen Werktätigen in den Kombinaten und Betrieben einzuschätzen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000031

28

Differenziert ist vor allem zu analysieren, auf welche Problemkreise sich die Unzufriedenheit, die Erwartungen und Forderungen sowohl bezogen auf den jeweiligen Betrieb als auch auf die gesamte Gesellschaft konzentrieren.

Darüber sind ständig aktuell die zuständigen Partei- und Staatsfunktionäre zu informieren. Das ist mit konkreten Vorschlägen zu verbinden, welche Veränderungen in den Betrieben sofort in Gang gesetzt werden müßten, wie und mit welchen Kräften das erfolgen könnte.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten gilt es, noch stärker mitzuhelfen, damit all das, was sofort geklärt werden kann, unverzüglich auch in Angriff genommen wird. Es sind Lösungen herbeizuführen, die unmittelbar zu Veränderungen der Situation in den jeweiligen Betrieben führen und den Arbeitskollektiven die Gewißheit vermitteln, daß sich die verantwortlichen Leiter, die Partei- und Gewerkschaftsleitungen gemeinsam mit ihnen den betrieblichen Fragen und Problemen stellen. Das ist um so notwendiger, da die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse nicht alle von heute auf morgen bewältigt werden können.

Ich bekräftige nochmals – wir brauchen eine politisch stabile Lage in der Arbeiterklasse, wir brauchen hohe ökonomische Leistungen in den Kombinaten und Betrieben. Darauf kommt es an, und darauf haben auch wir unsere Arbeit mit auszurichten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



8StU 000032

29

Deshalb habe ich auch in meinem Schreiben vom 8. Oktober 1989
gefordert, daß die Leiter der zuständigen operativen Diensteinheiten mit den Leitern anderer staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen unverzüglich direkte Verbindungen herzustellen bzw. zu festigen haben. Welche Zielstellung dabei verfolgt werden muß, ist in dem genannten Schreiben festgelegt und hat auch weiter volle Gültigkeit.

Es geht in erster Linie darum,

- genau die Erfordernisse des Zusammenwirkens herauszuarbeiten,
- besonders lagebezogen den Kräfte- und Mitteleinsatz abzustimmen,
- eine unverzügliche Informierung des MfS über sich abzeichnende Tendenzen der Destabilisierung der Lage in den genannten Organen, Betrieben und Einrichtungen zu errreichen sowie
- unmittelbar bei der Durchführung von Maßnahmen zur Stabilisierung und Erhöhung der Sicherheit und Ordnung mitzuwirken,

um nur einige Gedanken nochmals hervorzuheben.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000033 30 Durch die Leiter der Diensteinheiten sind - ausgehend von der aktuellen Entwicklung der Lage in ihrem Verantwortungsbereich – die zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung vorrangig zu sichernden Objekte und Einrichtungen zu präzisieren. Zur Beherrschung der Lage sind die notwendigen Vorkehrungen zum Einsatz von Operativgruppen in diesen Objekten und Einrichtungen zu treffen. Ihr Einsatz hat vor allem zur Unterbindung und Bekämpfung von Sabotage- und Diversionshandlungen, der Androhung bzw. Organisierung von Arbeitsniederlegungen und Streiks sowie zur Untersuchung damit im Zusammenhang stehender Vorkommnisse zu erfolgen. Wir müssen darauf vorbereitet sein. Dieses Problem muß in gemeinsamer Arbeit und Abstimmung der Leiter der Hauptabteilungen II, IX, XVIII, XIX und Kader und Schulung gelöst werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000034

31

Genossen!

Meine bisherigen Ausführungen und Eure eigenen Einschätzungen besagen, daß wir uns völlig veränderten Kräftegruppierungen gegenübersehen. Wir können heute noch nicht beantworten, wie wir mit diesen Veränderungen – die noch zunehmen können – zukünftig "fertig" werden wollen und müssen. Sicherlich ist es erforderlich, an die gesamte Klärung der Frage "Wer ist wer?" von neuen Überlegungen aus heranzugehen.

Ausgehend von der jetzigen Lage muß es uns zunächst darum gehen:

1. In allen Verantwortungsbereichen schnellstmöglich zu erkennen, wer sind die dort als Organisatoren und Inspiratoren feindlicher, oppositioneller Gruppierungen in Erscheinung tretenden Kräfte, vor allem die als sogenannte Kreis- und Bezirkssprecher des "Neuen Forums", als Kontaktadressen und in anderer Form in die Schaffung von Organisations- und Leitungsstrukturen sowie von stabilen Kommunikationsbeziehungen einbezogenen Kräfte. Dabei müssen in erster Linie zu den Kräften operative Aufklärungs- und Kontrollmaßnahmen eingeleitet werden, die zur Durchsetzung ihrer Forderungen in militanter Art und Weise auf die Durchführung von provokatorischdemonstrativen Aktionen, auf eine öffentliche Konfrontation mit dem Staat, mit den Schutz- und Sicherheits- organen setzen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000035

32

An diesen Kräften müssen wir unter Nutzung aller operativen Möglichkeiten so dranbleiben, daß wir rechtzeitig mögliche Gefahren erkennen und sie abwenden.

- 2. Wer sind die Kräfte, die mit scharfmacherischen, auf die Liquidierung des Sozialismus zielenden Angriffen, also mit offen konterrevolutionären Forderungen auftreten und andere in diesem Sinne zu mobilisieren und zu inspirieren versuchen – also die offen als Feinde handeln.
- 3. Personen, die mit gegnerischen Kräften von außen bzw. ihren legalen Basen bei uns zusammenwirken, über die das Zusammenwirken abgestimmt und organisiert wird.
- 4. Wer sind bei den Zusammenrottungen und Demonstrationen die eigentlichen Rädelsführer, wer sind diejenigen, die die Massen aufputschen, die mit provokatorischen, auf Konfrontation und Gewaltanwendung zielenden Losungen darunter gegen uns auftreten und die selbst gegen Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane vorgingen bzw. an entsprechenden Gewalthandlungen beteiligt waren.

Dazu gehören auch die, darauf habe ich schon hingewiesen, die mit Gewaltandrohungen gegen Repräsentanten und andere progressive Kräfte und gegen Objekte und Einrichtungen in Erscheinung treten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000036

33

Auf diese von mir genannten Kräftekategorien müssen wir unsere operative Arbeit konzentrieren.

Die anderen Personen,

- die sich aus Unzufriedenheit über die innere Entwicklung und unter dem Eindruck der gegnerischen Hetzkampagne und der Ereignisse den feindlichen, oppositionellen Gruppierungen und Kräften angeschlossen haben bzw. noch anschließen und sich mit ihnen solidarisieren, bei denen die Aussicht besteht, daß sie für unsere gesellschaftliche Entwicklung zurückgewonnen und in die Lösung bestehender Probleme progressiv einbezogen werden können sowie
- die Personen, bei denen es sich mehr oder weniger um sogenannte Mitläufer handelt, die sich mit einem Teil der Forderungen identifizieren und glauben, über diesen Weg Veränderungen herbeiführen zu können,

mit diesen ist durch die Partei und die Massenorganisationen, durch die Betriebe und Einrichtungen sehr feinfühlig ideologisch zu arbeiten.

Alle Möglichkeiten sind zu nutzen, um besonders mit diesen Kräften den politischen Dialog zu führen – so wie es die Partei fordert –, um sie fest in die jeweiligen Kollektive zu integrieren, in die Lösung betrieblicher und gesellschaftlicher Probleme einzubeziehen und sie so schrittweise von den feindlichen, oppositionellen Gruppierungen und Kräften zu trennen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000037 33 a

Im Zusammenhang mit der Klärung der Frage, "Wer ist wer?" noch ein Wort zu folgenden Problemen:

Die insgesamt eingetretenen Lageveränderungen haben teilweise auch spürbare Auswirkungen auf die Arbeit und die Haltung der IM/GMS, abgesehen von den mit dem Verlassen der DDR durch derartige Personen verbundenen Sicherheitserfordernissen.

Wir haben deshalb ständig an der Frage "Wer ist wer?" bei den IM/GMS zu arbeiten, insbesondere deren Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit lagebezogen einzuschätzen und Unsicherheitsfaktoren auszuschließen. Die Frage ist, wie haben die IM die jetzigen Bewährungsproben bestanden. Es gilt jegliche Verunsicherung des IM/GMS-Bestandes zu verhindern und dennoch die IM so zu instruieren, daß sie den Ernst der Lage begreifen und motiviert werden, aktiv zur Erfüllung der Aufgaben, der ihnen gestellten Aufträge beizutragen.

Durch die zuständigen Diensteinheiten sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Abwehrarbeit in den bewaffneten Organen sowie in den Kampfgruppen der Arbeiterklasse konkret lagebezogen zu organisieren und durchzusetzen. Die Maßnahmen haben sich darauf zu konzentrieren, alle die Kampf- und Einsatzbereitschaft beeinträchtigenden bzw. untergrabenden Erscheinungen rechtzeitig zu erkennen und im engen Zusammenwirken mit den Kommandeuren, den Partei- und Politorganen unverzüglich zu beseitigen bzw. entsprechende Kräfte rechtzeitig vorher herauszulösen. Wir müssen uns auf die bewaffneten Organe und die Kampfgruppen in jeder Situation voll verlassen können.

Pause - 20 Minuten

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



Genossen!

000038

34

Zu einer weiteren Grundrichtung der politisch-operativen Arbeit, die mit den vorhergenannten Aufgabenstellungen unmittelbar zusammenhängt.

Wir stehen vor dem Erfordernis, unsere operativen Kräfte, Mittel und Methoden rasch auf die sich auf dem Gebiet der feindlichen, oppositionellen Zusammenschlüsse und Gruppierungen vollziehenden Sammlungs- und Polarisierungsprozesse einzustellen. Es sind neue Überlegungenanzustellen, wie wir mit den vorhandenen operativen Kräften in die in jüngster Zeit entstandenen Gruppierungen eindringen und diese gründlich aufklären können, dort so Fuß fassen, daß wir die Kontrolle über sie behalten. Hierbei sollten wir unter anderem die Tatsache nutzen, daß sich diese Gruppierungen - sie verstehen sich ja als Sammelbecken - weitgehend geöffnet haben und ihre Arbeitsweise zur Zeit praktisch keinen konspirativen Charakter trägt. Das muß genutzt werden, verstärkt auch solche IM einzubauen, die Einfluß auf die Richtung des Vorgehens solcher Gruppierungen ausüben können.

Insgesamt sind Überlegungen anzustellen und Entscheidungen zu treffen, welche operative Strategie zur weiteren Bearbeitung beschritten werden soll.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000039

35

Diese Strategie muß – und das unterstreiche ich mit Nachdruck – vor allem auch der Durchsetzung der zentralen Entscheidungen dienen, wie zukünftig gegenüber den Sammlungsbewegungen "Neues Forum", "Demokratischer Aufbruch", "Sozialdemokratische Partei in der DDR" und anderen derartigen Personenzusammensschlüssen politisch vorgegangen wird.

Euch liegt die Information des ZK "Zum Neuen Forum" und zu anderen illegalen oppositionellen Gruppierungen in der DDR" vor. Darüber hinaus wurde bereits in meinem Schreiben vom 21. und 22. 9. 1989 (VVS 0008-64/89 bzw. 0008-65/89) auf wesentliche Ziele, Pläne und Vorgehensweisen feindlicher, oppositioneller Gruppierungen orientiert.

Ich möchte daran und an das in meinen heutigen Ausführungen zum Wirken dieser Gruppierungen Gesagte anknüpfend an dieser Stelle noch auf folgendes aufmerksam machen:

Im Zeitraum September/Oktober 1989 konstituierten sich bekanntlich das "Neue Forum", die sogenannte Sammlungsbewegung "Demokratischer Aufbruch", die "Bürgerbewegung Demokratie jetzt", die "Böhlener Plattform/Vereinigte Linke in der DDR" sowie die "Sozialdemokratische Partei in der DDR". Seitdem agieren sie mit ständig zunehmender Intensität im Sinne ihrer propagierten Ziele, arbeiten am Aufbau funktionsfähiger Organisationsstrukturen und weiterer Grundlagen für ihre Tätigkeit – u. a. Kommunikationssystem, Propagandamittel, Finanzierung – und streben ihre offizielle Anerkennung bzw. Legalisierung an.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000040

36

Von den genannten Sammlungsbewegungen verfügt – wie Ihr wißt – das "Neue Forum" über den größten Einfluß und die weiteste Verbreitung. Von ihm gehen gegenwärtig die größten Gefahren aus.

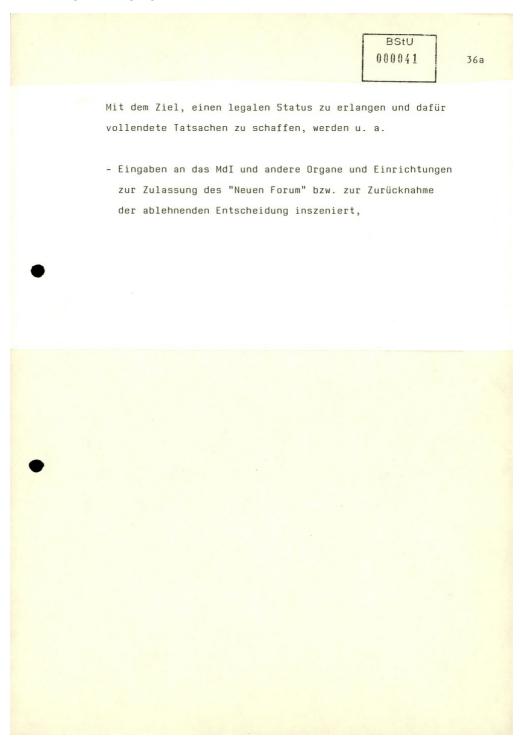
Nach eigenen Angaben der Organisatoren wurde der "Gründungsaufruf" bereits von mehreren zehntausend Bürgern unterstützt,
davon allein in Berlin und in den Bezirken Dresden und Leipzig
von über 20 000. Gegenwärtig gibt es verstärkte Bestrebungen zur Bildung von regionalen Gruppen mit entsprechenden
Leitungsstrukturen in den Bezirks- und Kreisstädten, teilweise als Bezirks- und Kreisorganisationen bezeichnet.

Orientiert wird auch auf die Bildung sogenannter Grundorganisationen und Wohnbezirksgruppen. Die angestrebte Organisation läßt die Absicht erkennen, die teilweise spontane Formierung regionaler Gruppen in organisierte Strukturen einzubinden. Damit sollen die Aktivitäten und das Zusammenwirken dieser Kräfte einheitlich ausgerichtet werden.

Wir haben davon auszugehen, daß es zwischenzeitlich in allen Bezirken entsprechende Gruppierungen und Kräfte gibt, die im Sinne des "Neuen Forum" wirken. Das unterstreicht nur den außerordentlichen Ernst der Lage – bezogen auf das Wirken dieser Kräfte.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000042

37

- Forderungen nach Veröffentlichung von Aufrufen und Erklärungen der "Opposition" erhoben bzw. wird generell Zugang
 zu den DDR-Massenmedien, einschließlich der Herausgabe
 eigener Publikationen und Symbole, gefordert,
- erfolgen verbreitet öffentliche Auftritte besonders von Führungskräften in Kirchen zur Propagierung der entsprechenden Ziele und Forderungen; die Größe der Teilnehmerzahlen ist Euch bekannt und bedarf deshalb keiner Kommentierung.
- Darüber hinaus wird massiv versucht, im Dialog mit den verschiedensten Bevölkerungskreisen die Anerkennung des "Neuen Forum" als offiziellen Dialogpartner durchzusetzen.

Für den "in der Öffentlichkeit zu führenden Dialog" wurde ein sogenannter Problemkatalog erarbeitet und zur Diskussion gestellt. In zunehmendem Maße werden Forderungen erhoben bzw. Vorstellungen entwickelt, die darauf gerichtet sind, sich als Interessenvertreter der Arbeiterklasse auszugeben. Ziel ist, Einfluß in den Betrieben zu erlangen, Diskussionsfelder abzustecken, Sachprobleme zu diskutieren und Forderungskataloge zu formulieren. In den regionalen Strukturen des "Neuen Forum" werden Gruppen zu solchen Themen wie Volksbildung, Medienpolitik, Rechtsfragen, Wahlgesetz, Gesundheitswesen, Umwelt, Wehrdienst aktiv.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000043

37a

Es gibt Bestrebungen, Experten zu gewinnen, die befähigt sind, in Gesprächen mit dem Staat sachkundig aufzutreten.

Erkennbar ist eine direkte Einflußnahme von Führungskräften des "Neuen Forum" auf die Zusammensetzung der sogenannten Bürgerkomitees für die Gespräche mit Oberbürgermeistern und Vertretern anderer staatlicher Organe sowie auf die Gesprächsinhalte und vorzutragenden Forderungen (häufig im Zusammenwirken mit reaktionären kirchlichen Kräften).

Ich nenne das alles nur beispielhaft, um nochmals zu verdeutlichen, mit welchen realen Gefahren wir es zu tun haben. Wir stimmen
sicherlich überein: Diese Entwicklung, der täglich wachsende
Einfluß und die Profilierung des "Neuen Forum", aber teilweise auch der anderen Gruppierungen als antisozialistische
Opposition in der DDR ist mit den bisher praktizierten Maßnahmen und Mitteln nicht in den Griff zu bekommen.

Deshalb sollen in den nächsten Tagen zentrale Entscheidungen dazu getroffen werden, wie zukünftig gegenüber den antisozialistischen Sammlungsbewegungen vorgegangen werden soll.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000044

38

Obwohl der entsprechende Beschluß noch nicht gefaßt ist, möchte ich schon jetzt zur persönlichen Orientierung der Leiter der operativen Diensteinheiten – und nur für diese sind die folgenden Hinweise bestimmt – auf einige Grundrichtungen und Grundsätze des geplanten Vorgehens verweisen. Es versteht sich von selbst, daß alle diesbezüglichen Überlegungen nur von der tatsächlichen Lage ausgehen können – alles andere wäre eine Illusion. Im Mittelpunkt kann deshalb auch nur stehen, wie der politische Kampf gegen diese Kräfte organisiert und geführt werden soll, welche Grundlagen und Bedingungen dafür geschaffen werden sollen.

Ungeachtet möglicher Veränderungen und Präzisierungen der bisher vorliegenden Vorschläge erachte ich diese persönliche Vorabinformation dennoch für zweckmäßig, damit die Leiter bereits damit beginnen können, sich gründliche Gedanken über die Durchsetzung einer solchen Linie in ihrem Verantwortungsbereich zu machen. Jegliche Bezugnahme auf einen zu erwartenden zentralen Beschluß dazu hat unbedingt zu unterbleiben – auch gegenüber den 1. Sekretären. Sobald erforderliche Entscheidungen getroffen wurden, werdet Ihr informiert und erhaltet weitere Orientierungen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000045

39

Grundsätzlich ist vorgesehen:

 Anträge sowohl von gegenwärtig vorhandenen als auch künftig neu in Erscheinung tretender antisozialistischer Sammlungsbewegungen auf Bestätigung der Anmeldung zur Gründung einer Vereinigung werden versagt. Das trifft auch auf die SDP zu.

Der Beschlußentwurf orientiert auf folgende, vor allem politische Maßnahmen:

- Die offensive ideologische Auseinandersetzung mit den Führungskräften und mit den von ihnen vertretenen Plattformen, Einschränkung bzw. Beseitigung von Wirkungsbedingungen sowie differenzierte Einbeziehung der Personen, die an der Lösung von Problemen der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der DDR interessiert sind, in alle Formen des gesellschaftlichen Dialogs und der gesellschaftlichen Mitarbeit sind die Hauptmethoden, um den Handlungsspielraum feindlicher, oppositioneller Kräfte einzuengen, ihren Einfluß und ihre Wirksamkeit zurückzudrängen.
- Kurzfristig sind zu den Konzeptionen, Plattformen, öffentlichen Erklärungen und Interviews oppositioneller Kräfte
 Gutachten, Studien und Argumentationsmaterialien zu erarbeiten, in denen zu allen angesprochenen Fragen marxistischleninistische Antworten gegeben werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000046

40

Ziel muß es sein, den Nachweis zu erbringen, daß die Partei und die Gesellschaft über wissenschaftlich begründete Vorstellungen zur Überwindung vorhandener Widersprüche und Entwicklungsprobleme verfügen, diese zur Diskussion stellen und bereit sind, jeden nutzbaren Gedanken zur Weiterentwicklung des Sozialismus aufzunehmen. Zugleich sind damit alle gegen unsere Gesellschaftskonzeption gerichteten offenen und verschleierten Angriffe zu entlarven und zurückzuweisen. Auf dieser Grundlage ist die offensive und öffentliche Auseinandersetzung mit Konzeptionen und Personen im Rahmen der politischen Massenarbeit und in den Medien und durch zu befähigende gesellschaftliche Kräfte zu führen.

Dazu wird eine Arbeitsgruppe aus Abteilungen des ZK der SED gebildet und beauftragt, Aufgabenstellungen an wissenschaftliche Einrichtungen der Partei und des Staates sowie an die Schutz-, Sicherheits- und Justizorgane auszuarbeiten.

Es sind Festlegungen getroffen worden, daß zukünftig die Bezirks- und Kreisleitungen der SED durch das ZK auch über die damit verbundenen Probleme qualifizierter informiert und entsprechende Orientierungen vermittelt werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000047

41

Es versteht sich von selbst, daß unsere Informationstätigkeit an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen den neuen Erfordernissen voll entsprechen muß.

Durch die Volksvertretungen, ihre Ständigen Ausschüsse und Kommissionen sowie die Staatsorgane ist der sach- und personenbezogene Dialog mit allen Bürgern – auch mit Initiatoren und Sympathisanten der Sammlungsbewegungen – mit dem Ziel zu führen, den Differenzierungsprozeß unter diesen zu fördern, Andersdenkende zu einem konstruktiven Miteinander im Rahmen der vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen zu bewegen und Feinde des Sozialismus zu entlarven.
 Der Dialog ist so zu führen, daß damit keine offizielle Anerkennung des "Neuen Forum" und anderer antisozialistischer Sammlungsbewegungen verbunden ist.

In gleicher Weise sind die Nationale Front der DDR und die in ihr wirkenden befreundeten Parteien und Massenorganisationen sowie andere gesellschaftliche Gremien für eigenständige Beiträge zu gewinnen.

An dieser Stelle eine Bemerkung. Die Praxis zeigt, daß wir natürlich unbedingt darauf hinwirken müssen, daß dieser Dialog von beiden Seiten sachlich geführt wird. Wir dürfen nicht zulassen, daß progressive Kräfte an ihren Darlegungen gehindert, daß sie beschimpft, diffamiert oder gar bedroht werden.

Soweit dieser ergänzende Hinweis. Nun wieder zu den Vorschlägen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000048

42

- In Konzeptionen, Plattformen und öffentlichen Erklärungen oppositioneller Kräfte enthaltene sachbezogene Vorschläge, Anliegen und Forderungen sind auszuwerten und soweit dazu zentrale Entscheidungen bzw. Orientierungen erforderlich sind den zuständigen Ministern und Leitern anderer zentraler Staatsorgane zur Entscheidung bzw. Erarbeitung von Standpunkten zu übergeben.

 Auf dieser Grundlage ist das einheitliche Reagieren auf Vorschläge, Anliegen und Forderungen zu gewährleisten.
- Die in der letzten Zeit verstärkten Bestrebungen von Personen und Gruppierungen, bestimmten Erwartungen und Forderungen durch Demonstrationen Nachdruck zu verleihen, müssen entsprechend den jeweiligen Bedingungen mit politischen Mitteln zurückgedrängt werden. Sollten Demonstrationen auf diese Weise nicht zu verhindern sein, müssen die Rechtsvorschriften zu ihrer Anmeldung und Genehmigung durchgesetzt werden.
- Es ist zu gewährleisten, daß Demonstrationen als Veranstaltungen angemeldet werden. Entsprechende Anmeldungen sind entgegenzunehmen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000049

43

Es geht, um das noch zu ergänzen, darum, in Durchsetzung der Bestimmungen der Verordnung über Veranstaltungen vom 30. Juni 1980 Forderungen zu stellen und Auflagen zu erteilen. Diese haben sich insbesondere auf die Verhinderung gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteter demonstrativer Bekundungen, auf räumliche und zeitliche Begrenzung zu beziehen. Werden dazu Forderungen und erteilte Auflagen nicht eingehalten, sind, natürlich unter Beachtung der Lagebedingungen und nach vorheriger Abstimmung, die vorgesehenen rechtlichen Maßnahmen anzuwenden.

- Über die vorliegenden Entwürfe der Verordnung über Vereinigungen und der Verordnung über Veranstaltungen wird nach entsprechender interner Beratung mit den zentralen Leitungen der in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen dann weiter entschieden werden.
- Den Kirchen und Glaubensgemeinschaften sind in den bewährten und neuen Formen der Zusammenarbeit von Staat und Kirche größere Möglichkeiten einzuräumen, die gesellschaftlichen Belange ihrer Gläubigen einzubringen und zu vertreten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000050

44

Das schließt die aktive Mitarbeit als berufene Bürger in den Ständigen Ausschüssen und Kommissionen der Volksvertretungen, den Wahlkreisaktiven, den Ausschüssen der Nationalen Front der DDR und anderen gesellschaftlichen Gremien ein.

Damit ist der Prozeß der Profilierung der Kirchen der DDR zu einer "Kirche im Sozialismus" zu unterstützen und dem Mißbrauch der Kirche für politische Veranstaltungen entgegenzuwirken.

Bei Aktionen antisozialistischer Sammlungsbewegungen ist der Einsatz von Ordnungs- und Sicherheitskräften zur Gewährleistung der politischen Stabilität und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit so zu organisieren, daß polizeiliche Hilfsmittel nur dann angewandt werden und der Einsatz von Spezialtechnik und Spezialausrüstungen nur dann erfolgt, wenn eine unmittelbare Gefährdung von Personen, Objekten und Sachen vorliegt und anders nicht abzuwenden ist. Alle Handlungen der Einsatzkräfte müssen Recht und Gesetz entsprechen. Einheiten der Kampfgruppen der Arbeiterklasse sind nur zum Schutz von Betrieben und Einrichtungen einzusetzen.

Rechtsverletzungen durch beteiligte Bürger und Einsatzkräfte sind durch die zuständigen Organe kurzfristig aufzuklären. Darüber ist öffentlich zu informieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000051

45

Die Anwendung strafrechtlicher Maßnahmen ist zu begrenzen auf $\ensuremath{\mathsf{S}}$

- Handlungen, die im Auftrage bzw. in Abstimmung mit imperialistischen Geheimdiensten und anderen Feindorganisationen begangen werden,
- Gewaltanwendungen bzw. -androhungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der DDR, die Tätigkeit staatlicher Organe, Personen, Objekte und Sachen.

Gegenüber Personen, die entgegen staatlichen Entscheidungen und erteilten Auflagen Aktivitäten zur Formierung antisozialistischer Sammlungsbewegungen fortsetzen oder die nichtgenehmigte Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse herstellen oder verbreiten, sollten differenziert ordnungsrechtliche Mittel angewendet werden. Wir wissen, daß das nur lagebezogen durchsetzbar ist. Über rechtliche Maßnahmen ist die Öffentlichkeit zu informieren.

Soweit zu den Grundrichtungen und Grundsätzen des Beschlußentwurfs.

Ich will an dieser Stelle auch ganz aktuell auf einige Erfordernisse hinweisen, die sich aus dem Gespräch des Genossen Krenz mit Vertretern der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen ergeben. Ihr habt die Veröffentlichung über dieses Gespräch gelesen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000052

45 a

Durch die bekundete Bereitschaft, zu einer konstruktiven
Zusammenarbeit von Staat und Kirche und bei der Lösung der
anstehenden Probleme zu kommen, durch den wieder aufgenommenen offenen und freimütigen Dialog über die beiderseitige Verantwortung von Staat und Kirchen in unserer Gesellschaft, wurde eine Atmosphäre geschaffen, die günstigere
Voraussetzungen für nach vorn orientierte Veränderungen bietet.

Die getroffenen Aussagen, daß das Bündnis progressiver und realistischer Kräfte die tragende Säule unserer Gesellschaft ist und der Dialog nicht durch unbedachte Handlungen mit unabsehbaren Auswirkungen gefährdet werden dürfe, erfordern eine stärkere Differenzierung im Bereich der Kirchen und beim Herangehen an die Zurückdrängung ihres politischen Mißbrauchs.

Es geht uns darum, auch mit Hilfe dieser Kräfte den dringend notwendigen Dialog in berechenbare Formen zu lenken und längerfristig durch entsprechende Schritte zu einer bestimmten Entpolitisierung kirchlicher Veranstaltungen zu gelangen.

Uns geht es darum, durchzusetzen, daß die Kirchen die ihnen verfassungsrechtlich und gesetzlich gesicherten Wirkungsmöglichkeiten wahrnehmen können, sie auch nicht durch sektiererische Handlungen eingeengt werden, daß sie aber nicht als Sachwalter antisozialistischer oppositioneller Sammlungsbewegungen und entsprechender Aktivitäten fungieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000053

45 b

Ich habe an verschiedenen Stellen schon Aufgabenstellungen bezogen auf die Kirchen behandelt. In den gegebenen Orientierungen zum Beschlußentwurf sind ebenfalls Erfordernisse zum offensiven Vorgehen gegenüber den Kirchen enthalten. Ergänzend dazu noch folgendes:

Unter Berücksichtigung der veränderten außen- und innenpolitischen Bedingungen liegen die Schwerpunkte vor allem

- im abgestimmten konzeptionellen und differenzierten Einbeziehen aller gutwilligen, verständnis- und dialogbereiten kirchlichen Amtsträger und profilierter Laien in die in Gang gekommenen Prozesse,
- in der Organisierung unverzichtbarer sachlicher und konstruktiver Auseinandersetzungen mit gegnerischen
 Positionen in gebotener Öffentlichkeit mit überzeugenden
 Fakten und Argumenten,
- in der offensiven Bloßstellung und Enttarnung aller Formen des politischen Mißbrauchs von Kirchen und ihren Möglichkeiten, um besonders aktive feindliche, oppositionelle Kräfte zu isolieren sowie
- in der Schaffung geeigneter Möglichkeiten zur stärkeren Einbindung ehrlicher und dialogbereiter religiös gebundener Personen und kirchlicher Amtsträger in vorhandene gesellschaftliche Strukturen, um den Zulauf zu neuen oppositionellen Gruppierungen einzuschränken.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000054

45 C

Hierzu ist die Herstellung kontinuierlicher Arbeitsbeziehungen überall auf Bezirks- und Kreisebene zwischen den für die Umsetzung kirchenpolitischer Aufgaben verantwortlichen Bereichen in Partei, Staatsapparat und den Schutzund Sicherheitsorganen – also auch unseres Ministeriums erforderlich. Es geht vor allem auch um ein einheitliches Herangehen.

Zur Umsetzung dieser Linie sind durch uns - um nur auf einige Aspekte aufmerksam zu machen - folgende Aufgaben vorrangig zu lösen:

1. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen haben durch die Übergabe offiziell auswertbarer Erkenntnisse aus ihrem Verantwortungsbereich an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED dazu beizutragen, daß die zu führenden Informations- und Sachgespräche mit kirchlichen Vertretern auf territorialer Ebene sach- und lagebezogen vorbereitet und durchgeführt werden können. Dabei ist ein höherer Grad der Differenzierung und mehr Verbindlichkeit und Konkretheit zu gewährleisten (beweiskräftige Dokumentationen, Zeugenaussagen, Originalpamphlete u. a.).

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000055 45 d

2. Wir müssen die jeweiligen Bezirks- und Kreisleitungen der SED aktiv dabei unterstützen, in allen Bezirken und Kreisen einen aktiven Kern gesellschaftlicher Kräfte zu organisieren, die auch an entsprechenden politischen Veranstaltungen in Kirchen sowie an öffentlichen Veranstaltungen oppositioneller Gruppierungen teilnehmen und dort eine offensive politisch-ideologische Auseinandersetzung führen.

Wie gesagt, das sind nur einige bedeutsame Aufgabenstellungen im Zusammenhang mit der Kirchenpolitik.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000056

46

Genossen!

In der Rede des Genossen Egon Krenz wurden sehr offen und kritisch jene Grundprobleme angesprochen, die in allen gesellschaftlichen Bereichen heftig diskutiert, zu denen Forderungen erhoben sowie Vorschläge und Vorstellungen unterbreitet werden.

Ich nenne hier nur nochmals in Stichworten:

- die materiell-technische Sicherstellung einer kontinuierlichen Produktion einschließlich offener Fragen der Zulieferindustrie,
- die Lösung der durch den Rückgang der Akkumulationsrate und besonders der Akkumulation in den produzierenden Bereichen verursachten schwerwiegenden Disproportionen, die Neubestimmung der gesamten Investitions- und Strukturpolitik,
- die Erfüllung der außenwirtschaftlichen Verpflichtungen,
- die Erschließung aller Möglichkeiten, um die Versorgung der Bevölkerung mit Waren, Dienstleistungen und Ersatzteilen zu verbessern,
- das Leistungsprinzip in vollem Umfang durchzusetzen.

Das sind nur einige Probleme, die auf ökonomischem und sozialem Gebiet zu lösen sind.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000057

47

Des weiteren geht es darum, Entscheidungen herbeizuführen hinsichtlich

- der weiteren Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Schen Demokratie und des Ausbaus des sozialistischen Rechtsstaates, der vollen Wahrnehmung der Kompetenzen der Volkskammer und der Regierung der DDR, der Volksvertretungen und Organe auf allen Ebenen sowie
- der komplizierten Probleme bei Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland.

Euch ist der Beschluß bekannt, auf der Basis von exakten
Analysen der Parteiführung und von Experten zu diesen und
weiteren Problemen sowohl Sofortmaßnahmen als auch grundlegende
Entscheidungsvorschläge für den XII. Parteitag unserer Partei
auszuarbeiten. Sie werden in den jetzt folgenden ZK-Tagungen
kollektiv beraten und der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet.

Unsere Pflicht und Verentwortung als Ministerium für Staatssicherheit besteht darin, alle unsere spezifischen Möglichkeiten zu nutzen, um sowohl zu den notwendigen exakten Analysen als auch zu realisierbaren Entscheidungsvorschlägen beizutragen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000058

48

Ich kann heute, und das wird jeder verstehen, diesen Ergebnissen nicht schon vorweggreifen. Hervorheben möchte ich aber die Pflicht jedes Leiters, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten und Zuständigkeiten mit den jetzt anlaufenden Vorbereitungen gründlich vertraut zu machen, gewissermaßen ständig auf dem laufenden zu sein.

Ausgehend von diesen Kenntnissen ist auch bereits mit Überlegungen zu beginnen, worauf unsere Arbeit künftig auszurichten ist.

Genossen!

Wie Ihr wißt, wurde gestern offiziell vom Ministerrat der DDR informiert, daß umgehend ein Gesetzentwurf über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland vorbereitet wird. Es ist vorgesehen, daß zu diesem Entwurf eine öffentliche Aussprache durchgeführt wird, bevor er in die Volkskammer zur Beratung und Beschlußfassung geht.

Ebenfalls als Vororientierung für die Leiter der operativen Diensteinheiten – ausgehend vom bisherigen Stand der Erarbeitung dieser Dokumente – im folgenden thesenhaft einige operativ relevante Probleme.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000059

49

Ich unterstreiche nochmals, die Hinweise sind nur für die Leiter der operativen Diensteinheiten bestimmt, um einen bestimmten gedanklichen Vorlauf zu gewährleisten.

- Jeder Bürger der DDR wird demnach das Recht auf Reisen in das Ausland ohne Vorliegen verwandtschaftlicher Verhältnisse und ohne Vorliegen der bisher geforderten Reisegründe erhalten; ebenso das Recht auf Rückkehr in die DDR.
- Bürger der DDR sind danach berechtigt, mit dem Reisepaß der DDR und einer Genehmigung, d. h. einem Visum für eine ein- oder mehrmalige Reise in das Ausland, zu reisen. Die Genehmigung kann für einen Staat oder mehrere Staaten erteilt werden, sofern dem keine Versagungsgründe entgegenstehen. Ihre Gültigkeit wird befristet.
- Ständige Ausreisen werden genehmigt, sofern dem keine Versagungsgründe entgegenstehen.
 Wie dabei hinsichtlich der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR praktisch vorgegangen werden soll, wird noch weiter durchdacht und beraten.
- Die Versagung von Genehmigungen für Reisen und ständige Ausreisen soll in Übereinstimmung mit der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte aus Gründen des Schutzes der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer geregelt werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000069

50

Davon ausgehend soll das Gesetz Versagungsgründe beinhalten, denen zufolge

- Genehmigungen versagt werden, wenn das zum Schutz der nationalen Sicherheit notwendig ist.
- Weitere Gründe für die Versagung der Genehmigung sollen
 in Kurzform u. a. sein, wenn
 - der Antragsteller Kenntnisse besitzt, die geheimzuhalten sind,
 - gegen den Antragsteller Prüfungen über Anzeigen oder ein eingeleitetes Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind,
 - der Antragsteller in ein Strafverfahren einbezogen ist oder Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu verwirklichen sind,
 - . wenn der Antragsteller nachweisbar beabsichtigt, im Zusammenhang mit der Reise gegen zoll- und devisenrechtliche Bestimmungen zu verstoßen bzw. spekulative Handlungen zu begehen oder Reisen dazu mißbraucht hat.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000061

51

- Darüber hinaus sind Gründe für die Versagung der Genehmigung der ständigen Ausreise vorgesehen, u. a., wenn der Antragsteller
 - . das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet und noch keinen Wehrdienst geleistet hat,
 - . Verbindlichkeiten oder andere Zahlungsverpflichtungen hat.
 - . seine Eigentums- und Nutzungsrechte an Gebäuden und Grundstücken nicht ordnungsgemäß geregelt hat.

Hinsichtlich des Antragsverfahrens, der Bearbeitungsfristen und Entscheidungsbefugnis – die in einer Durchführungsverordnung geregelt werden sollen – sowie des Rechtes der Beschwerde und der gerichtlichen Nachprüfung bleiben die
jetzt geltenden Festlegungen im wesentlichen erhalten.

Soweit vorab einige Orientierungen zu den Grundsätzen des Reisegesetzes.

Ohne bereits jetzt die sich insgesamt daraus ergebenden erheblichen Probleme zu erörtern, was einer sehr gründlichen Durchdringung bedarf, müssen wir jedoch darauf eingestellt sein, daß diese Möglichkeiten von nicht wenigen Bürgern genutzt werden, um unsere Republik zu verlassen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000062

52

Welche Auswirkungen damit verbunden sein werden – ich denke hierbei nur an die Fragen der Versorgung unserer Bevölkerung, das Gesundheitswesen und den Dienstleistungssektor,
wo die Lage schon heute zum Teil außerordentlich ernst ist –
kann noch gar nicht im vollen Ausmaß abgesehen werden.

Komplizierte Probleme ergeben sich auch hinsichtlich der zukünftigen Durchsetzung von Reisesperrmaßnahmen, vor allem dann, wenn die Entlassung von Bürgern der DDR aus der Staatsbürgerschaft der DDR nicht durchgesetzt werden kann. Das wird vor entsprechenden Entscheidungen alles nochmals gründlich geprüft, damit die damit verbundenen negativen Auswirkungen möglichst eingegrenzt werden können.

Unter Berücksichtigung der mit dem Gesetz verbundenen und bereits absehbaren veränderten Bedingungen ist zugleich vorgesehen, den § 213 StGB (Ungesetzlicher Grenzübertritt) neu zu fassen.

Von besonderer Bedeutung dabei ist, daß künftig die Nichtrückkehr von Reisen nach dem nichtsozialistischen Ausland in die DDR strafrechtlich nicht mehr geahndet werden wird. Das heißt, der jetzt gültige Straftatbestand gemäß § 213 Absatz 2 - ich zitiere -

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



000063

53

"Ebenso wird bestraft, wer als Bürger der DDR rechtswidrig nicht oder nicht fristgerecht in die DDR zurückkehrt oder staatliche Festlegungen über seinen Auslandsaufenthalt verletzt"

wird gegenstandslos.

Auch hieraus ergeben sich für die politisch-operative Arbeit, vor allem hinsichtlich der vorbeugenden Arbeit zur Verhinderung derartiger Erscheinungen, vielfältige Konsequenzen.

An den insgesamt damit verbundenen Problemen, den sich aus dieser veränderten Lage ergebenden Sicherheitserfordernissen und Orientierungen für die politisch-operative Arbeit wird gearbeitet.

Soweit zum Gesetzentwurf und zu einigen uns berührenden Konsequenzen, vor allem aus der Sicht der Westreisen. Mit diesem Gesetz wollen wir aber auch erreichen, daß die jetzt vorhandenen Beschränkungen für Reisen in sozialistische Staaten aufgehoben bzw. modifiziert werden. Es versteht sich von selbst, daß für Mitarbeiter des MfS die Reisemöglichkeiten nach dem nichtsozialistischen Ausland nicht in Betracht kommen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



Genossen!

000064

54

Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees wurde von der realen Lage ausgegangen - auch wenn das nicht so klar ausgesprochen wurde - daß die DDR sich in einer Welt entwickelt, wie sie heute ist, und nicht, wie wir sie uns wünschen. Alles, was wir tun und was wir vorhaben, muß sich unter Beachtung der Entwicklungen sowohl in den anderen sozialistischen Ländern, besonders der Sowjetunion, wie der kommunistischen Bewegung insgesamt als auch im imperialistischen System und der Nichtpaktgebundenen-Bewegung vollziehen. Davon können wir uns nicht abkapseln. Und schon gar nicht können wir uns leisten, auf Distanz zur Sowjetunion zu gehen. Ohne Sowjetunion gab und gibt es keine DDR. Deshalb hat des Zentralkomitee nochmals in voller Einmütigkeit bekräftigt, daß vom Erfolg der Umgestaltung in der Sowjetunion die Zukunft der DDR und die Zukunft des Sozialismus überhaupt abhängen.

Das ändert nichts daran, daß wir manche Entwicklung auch mit Sorge verfolgen. (Hier ein kleiner Einschub – der "Sputnik" wird bei uns wieder erscheinen und Ihr wißt ja, daß da genügend Artikel drin enthalten sind, die uns mit Sorge erfüllen.)

Ich habe auf der Kreisleitungssitzung am 29. Juni ausführlich dazu gesprochen und die entsprechenden Aufgaben gestellt, vor allem, was die ständige Analysierung der gefährlichen Prozesse in Ungarn und Polen und deren Rückwirkungen auf die DDR betrifft.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000065

55

Was die Beziehungen der DDR zur BRD anbelangt, so sind von der Tagung aus nochmals ganz klare Worte an die Politiker in Bonn und die von dort gelenkten Medien gerichtet worden.

Bekannt sind Euch die von Politikern der Bonner Regierung und von der SPD, von Kohl und Vogel, regelrecht ultimativ erhobenen Reformforderungen und erpresserischen Angebote, bei Reformwilligkeit umgehend "großzügige Wirtschaftshilfe" zu gewähren. Hier soll das polnische und ungarische Modell gegen die DDR angewendet werden.

Aufgabe aller Diensteinheiten muß es sein, die von diesem Vorgehen ausgehenden Wirkungen sehr sorgfältig einzuschätzen, zu analysieren und darüber zu informieren, wo sich aufgrund der weiteren Lageentwicklung bestimmte Modifizierungen im gegnerischen Vorgehen zeigen. Damit haben wir zu rechnen und darauf gilt es sich dann rasch einzustellen.

Es ist davon auszugehen, daß der Gegner die Maßnahmen und Schritte der Partei und die Reaktion der Bevölkerung, aber besonders der feindlichen, oppositionellen Gruppierungen und Kräfte sowie der Kirche darauf, genau verfolgt und davon ausgehend weitere Ansatzpunkte für seine gezielte Einwirkung sucht und nutzt. Das muß uns rechtzeitig bekannt sein.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000066

56

Aufzuklären haben wir auch, welche Mittel und Methoden, welche Inhalte sich hinsichtlich des Zusammenwirkens verändern, über welche Kanäle und Wege neue materielle und ideelle Unterstützung, die weitere Inspirierung der uns bekannten Gruppierungen und der Kirche erfolgen und künftig erfolgen sollen.

Zusammenfassend muß es also darum gehen, unter Nutzung aller vorhandenen Voraussetzungen und Möglichkeiten noch weitaus mehr solche operativ bedeutsamen Informationen aus dem Operationsgebiet zu erarbeiten, die Rückschlüsse auf die Planung, Vorbereitung und Organisierung innerer Unruhen in der DOR zulassen.

Entschieden wurden auf der ZK-Tagung die Anmaßung einer Obhutspflicht für alle Deutschen, die Forderung nach Revision der europäischen Nachkriegsordnung und die Beschwörung der Wiedervereinigung zurückgewiesen. Die aggressive völkerrechtliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, die Versuche der Destabilisierung unserer Ordnung, ist friedensstörend, gefährdet die Sicherheit Europas und dient auch in keiner Weise der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000067

57

Ausgehend von der Lage, daß wir keine Politik des Dialogs an der BRD vorbei betreiben können, wurde die Bereitschaft unterstrichen, ich zitiere: "Wege und Möglichkeiten zu prüfen, um langfristig die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD enger und vertraglich geregelt zu gestalten sowie kooperative und ständige Formen der wirtschaftlichen, ökologischen, politischen, kulturellen, humanitären und touristischen Zusammenarbeit zu entwickeln."

Wir haben in unserer Arbeit davon auszugehen, daß von den bekannten politischen Kreisen und Kräften in der BRD und Westberlin, insbesondere von den Massenmedien weiterhin massive Versuche der Einmischung ausgehen. Da nach ihrer Auffassung auch nach der ZK-Tagung keine Bereitschaft der Parteiführung zu grundlegenden politischen Reformen erkennbar sei – sprich Verzicht auf die führende Rolle, auf Machtteilung, Pluralismus usw. – fordern sie dazu auf, auch weiterhin Druck zu erzeugen.

Sie rufen ständig die bekannten Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Kräfte bei uns dazu auf, sich von ihren politischen Forderungen nicht abbringen zu lassen, vor allem
Forderungen im Sinne der westlichen Reformvorstellungen noch
nachhaltiger in der Öffentlichkeit zu erheben und dafür noch
mehr Menschen – besonders auch sogenannte Reformkräfte in
der SED und Mitglieder aus den Blockparteien – zu gewinnen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000068 58 Wir müssen auch in Rechnung stellen, und das haben Kohl, Vogel und andere offen verkündet, daß bei künftigen Kontakten und Aufenthalten in der DDR auch offizielle Verbindungen zu feindlichen, oppositionellen Kräften und Gruppierungen hergestellt und praktiziert werden sollen. Wie wir darauf bezogen in der nächsten Zeit handeln werden, ist noch zu entscheiden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000069

59

Genossen!

In seiner Rede wandte sich Genosse Krenz direkt an die Soldaten, alle Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane und betonte: "Unser Volk weiß, was es ihren Einsatz zu danken hat, damit jeder täglich seiner friedlichen Arbeit nachgehen kann." Damit verband er zugleich die Aufgabenstellung, die Arbeiter-und-Bauern-Macht auch weiterhin sicher zu schützen.

Das ist die erste Voraussetzung, darin besteht unsere Hauptverantwortung als MfS, um die mit der 9. Tagung abgesteckte Generallinie zu verwirklichen. Unsere heutige Beratung sollte deshalb vor allem auch dahingehend genutzt und ausgewertet werden, die Angehörigen aller Diensteineheiten in ihrem Willen zu bestärken, allen sich daraus ergebenden neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Von jedem wird mehr denn je politische Standhaftigkeit, Einsatzbereitschaft und treue Pflichterfüllung erwartet.

Die übergroße Mehrzahl der Angehörigen des MfS hat sich in den letzten Wochen diszipliniert und mit großem Kämpfertum den komplizierten Aufgaben und den hohen Belastungen im Dienst gestellt.

Das Klima in den Dienstkollektiven ist überwiegend von Offenheit, Vertrauen und Konstruktivität geprägt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



8StU 000070

60

In diesem Zusammenhang liegt mir aber etwas am Herzen.
Die gegnerischen Kampagnen, das Verhalten und die
Reaktion mancher Bürger, aber auch die teilweise neuen
Lagebedingungen, unter denen wir unseren Klassenauftrag
zu erfüllen haben, dürfen bei keinem Angehörigen zur Verunsicherung führen.

Wir dürfen nicht übersehen, daß sich unter diesen Bedingungen auch bei einigen Angehörigen Erscheinungen des Zurückweichens oder sogar kapitulantenhaften Verhaltens zeigen. Gründlich ist zu prüfen, wo hierfür die Ursachen liegen – beispielsweise in mangelnder Lebens- und Parteierfahrung, in Schwächen der Führungs- und Leitungstätigkeit, im Einfluß des Umfeldes der Mitarbeiter, von Kontakten und Verbindungen außerhalb des Organs – um nur einige zu nennen.

Im Grunde geht es darum, sehr gründlich, verantwortungsbewußt und mit dem notwendigen Feingefühl die wirklichen Ursachen herauszuarbeiten, um auf dieser Grundlage die erforderlichen und zweckmäßigen Entscheidungen gemeinsam mit den Parteifunktionären und den Kaderorganen zu treffen.

Sehr stark bewegt uns die Tatsache, daß es im Zusammenhang mit dem massenhaften ungesetzlichen Verlassen der DDR zu mehreren Verratshandlungen ehemaliger Angehöriger des MfS gekommen ist.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000071 61 Es ist klar, daß der Feind daraus Kapital schlägt und massiv versucht, besonders auch über diesen Weg eine Verunsicherung des Mitarbeiterbestandes, der inoffiziellen Basis im Operationsgebiet ebenso wie in der DDR herbeizuführen und das Vertrauensverhältnis zwischen dem MfS und den Werktätigen zu belasten. Ich verweise deshalb mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit der konsequenten und kompromißlosen Durchsetzung meiner Befehle und Weisungen zur Sicherung und Kontrolle der ehemaligen Angehörigen, einschließlich der dazu vom Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung bereits gegebenen Orientierungen. Darüber hinaus müssen wir eine deutliche Zunahme des ungesetzlichen Verlassens von Verwandten, darunter auch Kindern unserer Angehörigen feststellen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000072

62

Jedem von uns ist klar, in welcher komplizierten persönlichen Situation sich die davon betroffenen Genossen befinden.

Um so mehr ist hervorzuheben, daß überwiegend parteiliche Positionen bezogen werden. Für die weitere Arbeit mit diesen Genossen ist es deshalb notwendig, mit Verständnis und Feingefühl vorzugehen. Das bedeutet vor allem, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu suchen, und die Genossen nicht noch durch herzloses und formalistisches Verhalten zusätzlich vor den Kopf zu stoßen. Diese Genossinnen und Genossen müssen deutlich und praktisch spüren, daß wir gemeinsam mit ihnen nach richtigen Lösungen suchen, daß wir ihre Partner, ihre Freunde und Kampfgefährten sind, die jederzeit an ihrer Seite stehen.

Bei aller Notwendigkeit der sicherheitspolitischen Wertung derartiger Erscheinungen und der Erarbeitung von Schlußfolgerungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS wie der persönlichen Sicherheit der betreffenden Angehörigen sind solche Lösungen zu finden, die den absehbaren Erfordernissen entsprechen und das Vertrauensverhältnis zum MfS nicht belasten. Sollten sich da und dort trotzdem Veränderungen im Einsatz der betreffenden Angehörigen in ihrem und unserem Interesse erforderlich machen, sind diese Entscheidungen in jedem Fall über die zuständigen Kaderorgane mit dem Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung abzustimmen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4885}, \ \mathsf{Bl.} \ \mathsf{10-76}$



BStU 000073

63

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß für die imperialistischen Geheimdienste das Herausbrechen im aktiven Dienst stehender Angehöriger des MfS nach wie vor eine Hauptangriffsrichtung bleibt. Das wird mit allen Mitteln versucht, und die geheimdienstliche Aufarbeitung aller von Verrätern, Verwandten und anderen Personen auch des weiteren Umfeldes unserer Angehörigen erlangten Informationen ordnet sich diesem Ziel unter.

Ich fordere deshalb mit Nachdruck, durch politisch kluges, weitsichtiges und wirkungsvolles Handeln alles zu tun, um Einbrüche in unsere Reihen zu verhindern und vor allem durch die aktive Einbeziehung unserer Angehörigen in die Klärung von Problemen keinerlei Ansatzpunkte für feindliche Angriffe zuzulassen.

Insbesondere gilt es, die Grundsätze des von mir bestätigten Arbeitsmaterials VVS L 27/88 zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS noch konsequenter durchzusetzen.

Die Erfahrungen bestätigen, daß dort, wo nach diesen Grundsätzen bereits richtig gearbeitet wird, die wenigsten Probleme mit den Genossen auftreten. Dies zeigt sich auch in ihrer hohen Leistungsbereitschaft unter den gegenwärtigen Lagebedingungen. Hier darf es gerade jetzt kein Nachlassen geben.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000074

64

Genossen!

Und noch ein anderes Problem, was uns unmittelbar betrifft, möchte ich hier offen ansprechen.

Das MfS steht mit im Mittelpunkt der gegnerischen Angriffe. Vor allem auch von den feindlichen, oppositionellen Kräften im Innern erfolgen massierte Angriffe, in die auch andere Kräfte, zum Beispiel Kulturschaffende und Künstler, einzubeziehen versucht werden. Als äußerer Anlaß dient besonders unser Vorgehen, gemeinsam mit der VP und gesellschaftlichen Kräften, gegen die Zusammenrottungen und Gewalthandlungen dieser Kräfte und für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit um den 40. Jahrestag der DDR.

Selbstverständlich geht es um etwas ganz anderes.
Sie wollen unser entschlossenes Handeln für die Erhaltung
und Sicherung der Macht diffamieren, das Vertrauen unserer
Bürger, besonders der progressiven Kräfte, zum MfS erschüttern
und damit unsere Autorität und Schlagkraft untergraben.

Davon zeugen auch die provokatorischen Forderungen und Losungen bei Veranstaltungen dieser Kräfte, bei Demonstrationen, besonders in der Nähe unserer Dienstobjekte, die anonymen Gewaltandrohungen gegen unsere Objekte und Mitarbeiter und anderes mehr.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76



BStU 000075

65

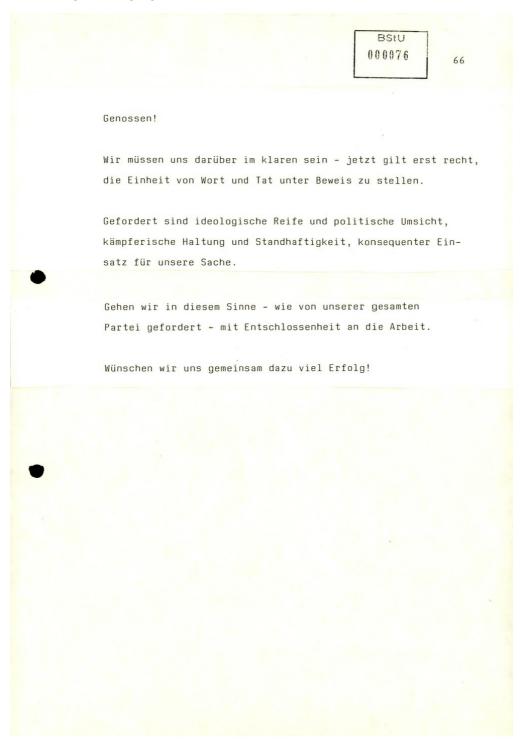
Das hinterläßt doch bestimmte Wirkungen, zumal wir aus den bekannten Gründen zurückhaltend darauf reagieren, nicht so antworten, wie es diese Kräfte eigentlich verdienen. Deshalb ist es so wichtig, daß alles unternommen wird, alle mit solchen Handlungen auftretenden Personen zu erkennen, sie sorgfältig zu erfassen und das zugriffsbereit zu halten.

Gleichzeitig müssen wir jedoch alle Möglichkeiten nutzen, das Vertrauen der Werktätigen in die Tätigkeit unseres Ministeriums zu festigen und auftretende Verunsicherungen zurückzudrängen und zu überwinden. In der gegenwärtigen komplizierten Situation kommt es vor allem darauf an, in der praktischen Arbeit überall unter Beweis zu stellen, daß wir uns im Interesse der Bürger für die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung einsetzen, daß wir uns im Sinne der 9. Tagung mit an die Spitze stellen, um die als notwendig erkannten gesellschaftlichen Prozesse und Veränderungen in Gang zu setzen und durchsetzen zu helfen.

Alle progressiven Kräfte müssen spüren, daß wir zu ihren berechtigt angesprochenen Problemen und Forderungen stehen und das uns Mögliche tun, um sie im Interesse der Stärkung und Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, im Interesse unserer Menschen zu lösen bzw. zu erfüllen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4885}, \ \mathsf{Bl.} \ \mathsf{10-76}$





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4885, Bl. 10-76